

# SVP will die Kröte nicht einfach schlucken

**Nidwalden** Die Verteuerung der Bürgenstockstrasse stösst vor allem der SVP sauer auf. Sie sprach gestern im Landrat von einer intransparenten Rechnung. Ihr Antrag, den Zusatzkredit zurückzuweisen, fiel aber durch. Dennoch wurde es am Ende sehr knapp.

**Oliver Mattmann**  
oliver.mattmann@nidwaldnerzeitung.ch

Der Ausbau der Bürgenstockstrasse, die ins 2018 eröffnete Resort führt, ist so gut wie abgeschlossen. Statt der geplanten 4,15 Millionen Franken hat sich in der Zwischenzeit aber abgezeichnet, dass die Realisierung von zusätzlichen Ausweichstellen 300 000 Franken teurer kommt. Baudirektor Josef Niederberger musste deshalb gestern im Landrat einen Zusatzkredit beantragen – und dabei Kritik einstecken.

Nicht die Mehrkosten an sich, sondern die gemäss seinen Worten dürftige, intransparente Begründung in den Unterlagen trieb Jörg Genhart (SVP, Stans) fast zur Weissglut. «Wir wollen mehr Informationen, wie diese Summe zu Stande gekommen ist. Das steht uns Landräten zu», erntete er sich. So stehe etwa zu den Mehrkosten bei der Bauleitung nur ein einziger, wenig aussagekräftiger Satz. «Es geht um 120 000 Franken. Das ist mehr, als ein Bürger durchschnittlich im Jahr verdient. Wir sind nicht bereit, den Zusatzkredit einfach durchzuwinken, nur weil wir keine andere Wahl haben.» Er stellte namens der SVP den Antrag, den Kredit zurückzuweisen. Er erwarte Fakten und dass der Regierungsrat mit der Bauleitung nochmals das Gespräch suche.

Remigi Zumbühl (FDP, Wolfenschiessen) und Armin Odermatt (SVP, Oberdorf), beide im Bausektor tätig, ärgerten sich über die 25 000 Franken für angeblich verschmutzte Walderde,

«Es geht um 120 000 Franken. Das ist mehr, als ein Bürger durchschnittlich im Jahr verdient.»

**Jörg Genhart**  
SVP-Landrat

die zwischengelagert und dann wegen Nichtbedarf laut Regierungsrat abgeführt und entsorgt wurde. «Ich bezweifle, ob eine Deponie der richtige Ort dafür ist», so Armin Odermatt. Er und Zumbühl hätten es gerne gesehen, wenn die 530 Kubik Material weiterverwendet worden wären, «so dreckig kann die Erde nicht gewesen sein», so Zumbühl, und Odermatt setzte noch einen oben drauf: «Hier vermischt sich der gesunde Menschenverstand. Ich hoffe, dass dies nie mehr vorkommt in unserem Kanton.»

**Baudirektor gesteht suboptimalen Verlauf**

Josef Niederberger räumte ein, dass bei diesem Projekt nicht alles rund gelaufen sei. Er ging aber vor allem auf die Mehrkosten beim Landerwerb ein. «Wir standen unter Zeitdruck und mussten die Bauarbeiten vergeben, bevor



Der Ausbau der Bürgenstockstrasse kommt unter dem Strich 300 000 Franken teurer.

Bild: Corinne Glanzmann (Obbürgen, 19. Juli 2017)

wir die Verhandlungen mit Grundeigentümern abgeschlossen hatten.» Es habe sich gezeigt, dass Eingriffe in private Liegenschaften umfangreicher ausfielen als angenommen. Mitunter Felsicherungen ausserhalb des eigentlichen Projektperimeters hätten das Vorhaben ebenfalls verteuert. Werde der Zusatzkredit nicht bewilligt, würde man die Unternehmer strafen, die einen sehr guten Job geleistet hätten.

Auch in den anderen Fraktion war eine gewisse Ohnmacht gegenüber den Mehrkosten spürbar. «Es bleibt uns keine andere Wahl, als in den sauren Apfel zu beissen», so Ilona Cortese (Grüne, Hergiswil). Dennoch stellten sie sich hinter den Regierungsrat. So erinnerte Josef Bucher (CVP, Buochs) daran, dass man den Objektkredit damals mit einer Kostengenauigkeit von plus/minus 10 Prozent bewilligt habe. Nun

werde dieser um 7,2 Prozent überschritten, bei einem solchen Projekt seien Mehrkosten nicht aussergewöhnlich. CVP-Landrat Norbert Rohrer (Stansstad) meinte, dass die Projektierung viel zu spät erfolgte, man habe schon lange vom Bau des Resorts gewusst. «Die Schuld nun dem jetzigen Baudirektor in die Schuhe zu schieben, bringt nichts.» Dennoch rügte Conrad Wagner (Grüne, Stans) seitens der Finanz-

kommission, dass der Zusatzkredit vor dem Eingehen neuer Verpflichtungen hätte eingeholt werden müssen. «Wir sind fälschlicherweise davon ausgegangen, dass der Kredit ausreichen könnte», gestand Niederberger. Der SVP-Antrag auf Rückweisung wurde dennoch mit 31 zu 19 Stimmen abgewiesen, am Ende erhielt der Zusatzkredit mit 39 Ja-Stimmen haargenau die erforderliche Zweidrittelmehrheit.

## Öffentlichkeitsprinzip erhält zögerliche Zustimmung

**Nidwalden** Der Kanton soll das Öffentlichkeitsprinzip einführen, verlangt ein Vorstoss. Trotz Vorbehalten befürwortet ausser der FDP eine Mehrheit das Anliegen.

«Es gibt viele Gründe dafür, aber auch viele dagegen», sagte Regierungsrätin Karin Kayser gestern zum Öffentlichkeitsprinzip, dessen Einführung die beiden SVP-Landräte Christoph Keller (Hergiswil) und Urs Amstad (Bekkenried) in einer Motion fordern. Ein Grossteil der Diskussion im Parlament drehte sich dann auch darum, ob nun die Vor- oder Nachteile überwiegen. Ruedi Wanzenried (FDP, Buochs) erwähnte, die Informationswege seien im kleinen Kanton Nidwalden kurz. «Wir haben uns die Frage gestellt, ob wir nicht ein Problem schaffen, das gar keines ist.» Die FDP befürwortete Transparenz in den öffentlichen Verwaltungen, aber nicht um jeden Preis. Rückendeckung erhielt er von seinem Parteipräsidenten Stefan Bosshard (Oberdorf): «Wenn jemand eine amtliche Information verlangt, erhält er diese heute schon, sofern nicht überwiegende öffentliche oder private Interessen gegenüberstehen. Die Arbeit für ein neues Gesetz können wir uns ersparen.»

Auch CVP-Präsidentin Therese Rotzer (Ennetbürgen) unterstrich, dass ihrer Partei Transparenz wichtig sei, selbst «wenn wir nicht das Gefühl haben, dass die Verwaltungen bisher intranspa-

rent sind.» Sie gab zu bedenken, dass der Aufwand für die Einsichtnahme oder Publikation von Dokumenten, unter anderem mit Einschwärzen von Namen, nicht unterschätzt werden dürfe. Man stelle sich zwar hinter das Öffentlichkeitsprinzip, sei aber für eine «Umsetzung mit Augenmass.»

Motionär Urs Amstad konnte die finanziellen Bedenken nicht teilen. «Malen wir nicht schon den Teufel an die Wand!» Die Mehrheit der Kantone hätten das Öffentlichkeitsprinzip bereits eingeführt und dies problemlos. Die Verwaltungen würden nicht überrannt, so die Erfahrungen. Mit «gutem Willen» und dem «Bündeln von Ressourcen» ginge dies in Nidwalden ohne Leistungsauftragserweiterung. Mit-Motionär Christoph Keller betonte, in Zeiten von Fake-News und Wutbürgern könne der Wechsel vom Geheimhaltungs- zum Öffentlichkeitsprinzip in der Bevölkerung ein positives Signal auslösen. Auch Karin Kayser erwähnte, dass dadurch die Demokratie und Akzeptanz gestärkt werden könnten und sich der Regierungsrat nicht vor dem Wechsel verschliesse. Der Vorstoss wurde mit 35 zu 6 Stimmen angenommen. Nun liegt es am Regierungsrat, eine Vorlage auszuarbeiten. (om)

## Verkehrsplanung soll zügig erfolgen

**Nidwalden** Landräte machen sich angesichts der Entwicklung und Projekte rund um die Kreuzstrasse in Stans Sorgen um den Verkehrsfluss. Ihr Vorstoss wird zeitnah behandelt.

Die Weiterentwicklung des Areals an der Kreuzstrasse in Stans, auf dem heute etwa das Verkehrssicherheitszentrum, die Kantonspolizei und das Gefängnis angesiedelt sind, ist für den Kanton von zentraler Bedeutung. Das Kantonsparlament hat für die Testplanung vor rund zwei Monaten einen Kredit von knapp 700 000 Franken gesprochen.

Da die Tourismusströme in Richtung Engelberg künftig eher zu- als abnehmen und weitere Gewerbebauten im Gebiet rund um den A2-Anschluss Stans-Süd angebracht sind, dürfte der Verkehr im Grossraum Kreuzstrasse und auf den entsprechenden Ästen weiter zunehmen. Dies hat vier Landräte aus der Gemeinde Oberdorf veranlasst, einen Vorstoss zu lancieren, damit sich der Kanton parallel zur baulichen Entwicklung rechtzeitig der voraussichtlichen Verschärfung der Verkehrsproblematik annimmt.

**60 statt 10 Minuten von Wolfenschiessen nach Stans**

«Eine Verkehrsplanung in dieser Dimension kann gut und gerne 10 bis 15 Jahre dauern», begründete Erstunterzeichner Christoph Baumgartner (CVP, Oberdorf) gestern im Landrat die Motion. «Dieser lange Horizont zeigt, dass man diese nicht schnell ge-

nug anpacken kann», zumal in der Umgebung weitere Bauprojekte in der Pipeline seien, die weiteren Einfluss auf den Verkehrsknoten haben werden.

Unterstützung erhielt das Anliegen von Urs Zumbühl (SVP, Wolfenschiessen). Bei regem Rückreiseverkehr aus Richtung Engelberg habe man an einem Sonntagabend gut und gerne 60 statt 10 Minuten mit dem Auto nach Stans, sagte Zumbühl aus eigener Erfahrung. Dies stosse der Talbevölkerung hin und wieder sauer auf. «Der Zeitpunkt, den Verkehr genau anzuschauen,

könnte nicht besser sein.» Mitunterzeichner Joseph Niederberger (CVP, Oberdorf), der seinen Arbeitsplatz an der Riedenmatt hat und die Verkehrszunahme somit aus nächster Nähe beobachten kann, ergänzte: «Wenn wir eine vernünftige Planung wollen, müssen wir diese jetzt angehen, sonst riskieren wir, dass der Verkehr irgendwann kollabiert.» Man solle wichtige Pflöcke einschlagen und nicht im Nachhinein reagieren müssen.

Uneinigkeit, ob die Motion als dringlich erklärt werden soll, herrschte bei den Grünen/SP.

Thomas Wallimann (Grüne, Ennetmoos) erwähnte, es gäbe heute schon Massnahmen, um den Verkehr zu dosieren, die kleinstmögliche Mehrheit seiner Fraktion sei der Ansicht, man müsse jetzt nicht übereilt handeln. Baudirektor Josef Niederberger wehrte sich nicht gegen die Dringlichkeit des Anliegens. Diese wurde mit 51 zu 4 Stimmen auch klar beschlossen. Der Regierungsrat hat nun zwei Monate für seine Stellungnahme Zeit.

**Oliver Mattmann**  
oliver.mattmann@nidwaldnerzeitung.ch

«Sonst riskieren wir, dass der Verkehr irgendwann kollabiert.»

**Joseph Niederberger**  
CVP-Landrat



Bei der Kreuzstrasse fährt viel Verkehr aus Richtung Engelberg in den Kreisel ein. Bild: Eveline Beerkircher (Stans, 13. Februar 2019)